



BürgerInnenbrief

10. Februar 2015

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Wahl-Aufrufe +++ Kauzige Politik +++ Argumente gegen Olympia +++ Wohnungs-Fakten +++ Flüchtlings-»Integration«

Liebe Leserinnen und Leser,



Plakativ: LINKE Wahlkampa

die letzte Ausgabe des »BürgerInnenbriefes« (BB) vor der Wahl am kommenden Sonntag, den 15. Februar, erscheint hier auf dem Bildschirm oder in gedruckter Fassung. Ein wenig zugespitzter »Wahlkampf« geht dem Ende entgegen, in dem sich aber DIE LINKE hoffentlich unüberhörbar bemerkbar gemacht hat. Und mit nicht so ganz schlechter Prognose, denn laut letzter Umfrage liegt sie bei 9,5%, vor vier Jahren waren es noch 6,4%. Doch wir wollen den Tag nicht vor dem Abend loben und den Sekt lieber noch im Kühlschrank lassen. Zumal absehbar

auch einige andere bemerkenswerte Ergebnisse zu erwarten stehen: Die (überflüssige) FDP wieder drin, die (rechtspopulistische) AfD wohl das erste Mal ebenfalls; immerhin, die CDU punktet nochmals rückläufig und die SPD verliert hoffentlich ihre absolute Mehrheit, die GRÜNEN bleiben stabil - und das alles bei bedrückend geringer Wahlbeteiligung.

Mit diesem BB endet - vorerst - auch die vierjährige Berichterstattung und Rechenschaftslegung über das politische und parlamentarische Geschehen, die Vermittlung unserer



Erkenntnisse, Schwerpunkte und Initiativen aus der 20. Legislaturperiode. Seit der letzten Bürgerschaftswahl am 20. Februar 2011 haben wir – anfangs noch mit Joachim Bischoff, später mit Heike Sudmann und, nach dem Ausscheiden des Erstgenannten aus der Bürgerschaft, zusätzlich mit Tim Golke als HerausgeberInnen – mehr oder weniger im Monatsrhythmus Position bezogen. Insgesamt 55 Ausgaben mit ca. 800 bis 900 Seiten sind seit Ende Februar 2011 erschienen (s. hier: http://www.linksfraktion-hamburg.de/fraktion/abgeordnete/heike_sudmann/buergerinnen_briefe/), die AbonnentInnenzahl hat sich in diesem Zeitraum locker verdoppelt.

Viel entscheidender ist, worum es am 15. Februar und damit in den nächsten Jahren in der Hamburger Politik geht: Flagge zu zeigen gegen die immer weiter aufgehende Schere zwischen Arm und Reich, gegen den Abbau sozialer und kultureller Errungenschaften auf allen Ebenen, gegen den mangelhaften Wohnungsbau und das soziale Auseinanderdriften der Stadtteile, gegen eine unbarmherzige Politik wider die Flüchtlinge, TransferleistungsempfängerInnen und andere benachteiligte Gruppen in dieser mit 42.000 Millionären und 11 Milliarden reichsten Metropole Deutschlands und gegen eine BürgerInnenbeteiligung, die in der von Senat und Bezirken gepflegten Form oftmals den Namen nicht verdient.

Wir könnten auch schreiben, wofür unsere Politik steht, doch machen wir uns nichts vor, die Zeit der großen Veränderungen, der sozialen Gerechtigkeit und des friedlichen Miteinanders in der Welt steht uns erst noch bevor. Wir arbeiten jedenfalls daran, zusammen mit vielen WeggefährtInnen in den Quartieren, Gewerkschaften und Initiativen. Unser Gruß



Warum es wichtig für mich ist, dass DIE LINKE auch in der neuen Hamburgischen Bürgerschaft mit möglichst vielen Abgeordneten vertreten ist? Wir brauchen Menschen in der Bürgerschaft, die die Politik unserer Stadt kritisch begleiten, die uns – die Wählerinnen und

Wähler – über die Hintergründe von Entscheidungen und Beweggründe der übrigen Mitglieder der Bürgerschaft aufklären, die Diskussionsprozesse transparent machen und deren Aussagen ich vertrauen kann. Wer, wenn nicht die Abgeordneten der LINKEN sollten diese Menschen sein?

Angelika Schlichting, Lehrerin a.D.,
engagiert in den St. Georger Stadtteilinitiativen

und Dank geht am Ende dieser Legislaturperiode insbesondere an alle diejenigen, die diese Ideen und Ziele unvermindert im Herzen tragen und mit denen wir in vielfältiger Weise kooperieren konnten. Einige von ihnen äußern sich in diesem BürgerInnenbrief zu der Entscheidung, ihre WählerInnenstimme der LINKEN zu geben.

HerausgeberInnen
und Redaktion des BürgerInnenbriefes

Mit kauzigem Humor in eine neue Wahlperiode

Von Joachim Bischoff



Shoppingtour? Nein, Wahlkampf à la FDP (M. Jobo)

Kurz vor der Bürgerschaftswahl verkünden mehrere Umfragen, dass Bürgermeister Olaf Scholz und die hanseatische SPD einen guten Job gemacht haben. Mit der Arbeit des Senats zeigen sich 65% der Befragten zufrieden oder sehr zufrieden. Bei einer Direktwahl des Bürgermeisters würde Scholz auf 67% kommen. Der Vorsprung der SozialdemokratInnen vor dem

Herausforderer Dietrich Wersich von der CDU ist groß. Wersich käme nur auf 11%.

Dieses beeindruckende Ergebnis im Stadtstaat Hamburg steht im Widerspruch zum Kräfteverhältnis auf Bundesebene. Die SPD hat auch hier mit dem Mindestlohn und kleineren Reformen in der Sozialpolitik ihre Wahlprogrammatik erheben

lich voran gebracht; und dem sozialdemokratischen Außenminister Frank-Walter Steinmeier wird in einer aus den Fugen geratenen Welt attestiert, einen überzeugenden Beitrag zur Reduktion der Konflikte und der Wiederherstellung einer stabileren Friedensordnung zu leisten. Gleichwohl verharret die SPD auf dem niedrigen Niveau der Zustimmung durch die Wahlbevölkerung von ca. 25%.

Woher kommt diese unterschiedliche Bewertung? Alt-Bürgermeister Ole von Beust wagt im Stern die These: Der SPD-Bürgermeister Olaf Scholz sei »zuverlässig«. »Sein Wort gilt«, und er habe einen »feinsinnigen, kauzigen Humor«. Dass König Olaf durch seinen feinsinnigen Humor auffallen könnte, dürfte nur bei Veranstaltungen im Rahmen der etablierten politischen Klasse bemerkbar sein. Die treffendere Erklärung liegt in der Landespolitik selbst. Sie dominiert die Wahlentscheidung. 77% der potenziellen WählerInnen begründen ihre Parteipräferenz mit der Politik in Hamburg. Bundespolitische Motive spielen nur für 19% eine entscheidende Rolle.

Im Zentrum der Landespolitik steht für die WählerInnen das Thema »Verkehr« mit 30%, knapp vor dem Thema »Ausländer und Flüchtlinge« mit 26%. Danach folgen »Mieten und Wohnungsmarkt« (21%) sowie »Schule und Bildung« (17%). Die Sicht der HamburgerInnen auf die Probleme ihrer Stadt hat sich im Vergleich zur Wahl 2011 deutlich geändert. Damals richteten die BürgerInnen ihre Aufmerksamkeit vor allem auf den Bildungsbereich.

Entscheidend: Bei allen wichtigen Themen wird der SPD am häufigsten zugetraut, die Probleme zu lösen: Bei der Verkehrspolitik etwa erwarten 25% die Lösung der Probleme am ehesten von der SPD. Bei der Ausländerpolitik liegt die SPD mit 33% vorne, die CDU kommt auf 16%, die GRÜNEN auf 12% und die LINKE auf 10%. Beim Thema »Schule und Bildung« trauen 38% der SPD und 15% der CDU eher zu, die Probleme zu lösen, 8% sehen hier die GRÜNEN vorne und 7% die LINKE. Und wenn es um die allgemeine Wirtschaftskompetenz geht, hat die SPD anders als in anderen Bundesländern oder im Bund mit 46% einen sehr deutlichen Vorsprung vor der CDU mit 18% (andere Parteien bleiben hier jeweils unter 4%).

Wirtschaftskompetenz ist mithin der Schlüssel für den bemerkenswerten Trend. Die CDU und die anderen Parteien konnten diese Kernkompetenz der hanseatischen Sozialdemokratie nicht infrage stellen. Dies verdeutlicht auch, dass die Opposition in der Bürgerschaft es nicht geschafft hat, die Schattenseiten der Schuldenbremse zu verdeutlichen. Die Sozialdemokratie hat mit ihrer Sparpolitik unzureichende Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und eine Ausdünnung des öffentlichen Personalkörpers zu verantworten. Selbst die katastrophale Situation auf dem Wohnungsmarkt (wo immer noch Zehntausende bezahlbare Wohnungen fehlen) konnte ihr nicht angehängt werden. Die künftige Regierung wird keine Verbesserungen auf dem Wohnungsmarkt und keine durchgreifenden Neuinvestitionen zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur auf den Weg bringen. Auch der Personalabbau wird weiter gehen wie bisher.

Bei der Wahl vor vier Jahren hatte die SPD mit 48,4% knapp die absolute Mehrheit der Sitze gewonnen, die CDU



Abgeordnete der LINKEN bringen im Parlament und seinen Ausschüssen Positionen von Stadtteilgruppen zur Sprache, verfallen nicht dem Olympia-Hype und laufen weder der Handelskammer noch den »Mäzenen« hinterher, die Hamburg die Elbphilharmonie »beschert«

haben. Fragt eure grünen und sozialdemokratischen Eltern und Bekannten, und vor allem die, die in Wahlen keinen Sinn mehr sehen: Wie viele Eurer Stimmen ist es euch wert, dass Leute wie Dora Heyenn, Heike Sudmann und Norbert Hackbusch die Bürgerschaft dazu zwingen, Farbe zu bekennen?

Michael Roths Schuh, aktiv in Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg, im Forum Community Organizing und beim Hamburger Bürgerbeteiligungs-Forum

als größte Oppositionspartei erreichte 21,9%. Das war ihr bislang schlechtestes Ergebnis bei einer Hamburger Bürgerschaftswahl. Den Umfragen zufolge könnte die SPD derzeit, trotz ihres überlegenen Vorsprungs, aber nicht erneut allein regieren. 53% der Befragten fänden eine Koalition aus SPD und Grünen sehr gut bzw. gut für Hamburg. Eine SPD-Alleinregierung, also eine Fortsetzung des bisherigen Senats, käme ebenfalls auf 53% Zustimmung (+1).

Neben den Aussichten auf eine weitere Amtszeit von König Olaf legen die letzten Umfragen den Schluss nahe, dass sich auch die FDP und die AfD Hoffnungen auf einen Einzug in das Landesparlament machen können. Die FDP erreichte 6% (ZDF) bzw. 5,5% (ARD). Die AfD kam auf 5% (ZDF) bzw. 5,5% (ARD). Für die AfD ist es die erste Bürgerschaftswahl, die FDP hatte 2011 einen Stimmanteil von 6,7% erreicht.

Dass die FDP in Hamburg trotz miserabler Werte auf Bundesebene doch ihr parlamentarisches Leben fortsetzen könnte, liegt ohne Zweifel an der Spitzenkandidatin Katja Suding. Doch auch sie kann das blasse Programm ihrer Partei nicht aufpeppen. Aber mit ihrer Personality-Show bringt sie Glamour in die Hamburger Politik. Im Bürgerschaftswahlkampf setzen die Hamburger Freien Demokraten wie schon 2011 ganz auf die Spitzenkandidatin. Mit dem Wahlplakat »Unser Mann für Hamburg« gewann sie bereits viel Aufmerksamkeit. Und nun posiert sie in der Zeitschrift »Gala« zusammen mit zwei weiteren FDP-Politikerinnen als »Drei Engel für Lindner« in Anspielung auf die Filmaktrizen »Drei Engel für Charlie«. Offenkundig ist diese leichte Kost schon hinreichend für einen Wiedereinzug in das Landesparlament.

Mit dem zu erwartenden guten Abschneiden in der Landeswahl rückt Olaf Scholz in den Rang eines Ratgebers für die Bundespolitik. Die SPD hatte trotz eines sehr engagierten Wahlkampfes im Jahr 2013 kein gutes Ergebnis bei den Bundestagswahlen erzielt. Etwas mehr als 25% sind zwar eine Verbesserung gegenüber dem Ergebnis der vorhergehenden

Bundestagswahl, bei der die SPD mit 23% ihr schlechtestes Ergebnis der Nachkriegsperiode einfuhr. Und nach über einem Jahr der »Großen Koalition« hängt die Partei noch immer auf dem niedrigen Niveau fest.

Scholz wirbt innerparteilich mit einem einfachen Rezept für einen Ausbruch aus der politischen Bedeutungslosigkeit. Nur wenn SozialdemokratInnen Tag für Tag zeigten, dass sie wirklich »Staat machen« wollen und können, würden ihnen die BürgerInnen dies auch wieder zutrauen. Die SPD müsse sich als progressive Partei präsentieren, deren pragmatische Politik der Vernunft auf die gesellschaftliche Mitte zielt. Mehrheitsfähig auf Bundesebene werde man bei Umsetzung folgender Punkte: Hoffnung vermitteln, Volkspartei bleiben, regieren wollen, glaubwürdig sein – so komme die SPD aus der Talsohle, verkündet er in der Berliner Republik (2015, Heft 1, S. 18f.).

Scholz ist kein Freund von Problemen. Ihn interessiert die wachsende soziale Spaltung in Hamburg so wenig wie in der Berliner Republik und den anderen wohlhabenden Demokratien. Rechtspopulismus ist für ihn keine politische Herausforderung. Er hat die gesellschaftliche Mitte im Blick und blendet selbst deren Problemlagen aus. Seine Parteikollegin Gesine Schwan umreißt im Einblick vom 12.1.2015 das aktuelle Paradoxon: »Zwar sind Gesellschaften mit einer brei-

ten Mittelschicht und ohne große soziale Diskrepanzen eine begünstigende soziale Voraussetzung für freiheitliche gemäßigte Politik und Demokratien – wie die Geschichte der politischen Ideen seit zweitausend Jahren lehrt. Wenn aber die Diskrepanzen zwischen Arm und Reich immer größer werden und die Mittelschicht Angst bekommt, zwischen Reich und Arm zerrieben zu werden, wenn auch für die einzelnen Menschen Prekariat und jederzeitiger sozialer Abstieg drohen, dann sucht sich diese mit Ohnmacht gepaarte Angst eben als Blitzableiter jene Menschen, an denen sie ohne Gefahr ihre Wut abreagieren kann.«

Die Vorstellung, dass es grundlegende gesellschaftliche Probleme gibt, die man aufgreifen und verändern muss, entspricht nicht Scholz' Vorstellung von sozialdemokratischer Programmatik. Der Bürgermeister ist ideologisch und uncharismatisch. »Niemand kann aus seiner Haut, und ich kann nicht aus meiner Haut. Die verlangt von mir, dass ich seriöse Politik mache, in der es um das geht, was getan werden muss, damit wir eine gute Zukunft haben... Ich regiere Hamburg und kümmere mich um die Probleme der Stadt. Die Bürger erwarten, dass das im Mittelpunkt steht. Es geht nicht nur um das Wollen. Es geht auch um das Machen.« Das ist wirklich kauzig, aber nicht zum Lachen.

Harte Kante der LINKEN: (N)Olympia



Nun ist DIE LINKE also die einzige Partei in Hamburg, die sich gegen die Durchführung der Olympischen Spiele in der Elbmetropole ausspricht. Nichts gegen den olympischen Wettstreit der Völker, doch milliardenschwere Folgekosten für Hamburg sind sicher. Kein Zufall, dass die BürgerInnen über die absehbaren Belastungen genauso wenig informiert wer-

den sollen wie in der ersten Euphorie-Phase der Elbphilharmonie-Planungen. Und auch etliche PolitikerInnen der anderen Parteien haben anscheinend kein Interesse an genaueren Zahlen. Wiederholt hat die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN Flagge gezeigt, zuletzt mit der nachfolgend dokumentierten Pressemitteilung am 1. Februar 2015.

Olympia: LINKE kritisiert Privatisierungspläne und fehlenden Aufklärungswillen

Nach Aussagen des Chefs der Senatskanzlei, Christoph Krupp, seien verlässliche Zahlen insbesondere zu den Kosten der Olympischen Spiele auch bis zum möglichen Volksentscheid im September nicht zu nennen. Hierzu erklärt Mehmet Yildiz, sportpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft:

»Es kann doch nicht wahr sein, dass der Senat selbst bis September keine verlässlichen Zahlen zu den Kosten vorlegen will, obwohl das Parlament es so beschlossen hat. Es ist zu vermuten, dass der Senat absichtlich die Kosten verschleiert, weil diese einer der wesentlichen Ablehnungsgründe werden könnten. Die Hamburger Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sind diesbezüglich kritisch und haben die Elbphilharmonie noch gut in Erinnerung. Die Senatshaltung ist eine offenkundige Täuschung der Öffentlichkeit und hat nichts mit Transparenz zu tun.«

Gleichzeitig kritisiert Yildiz, dass Olaf Scholz sich nicht oder nur am Rande zu den Olympischen Spielen äußert: »Dass der Bürgermeister nicht selbst vortritt und die Olympiapläne nur häppchenweise durch seine Senatoren durchsickern lässt – das ist kein guter Stil. Die Bürgerinnen und Bürger Hamburgs erwarten, dass der Bürgermeister klar und deutlich Stellung bezieht. Sich davor zu drücken, weil die Bürgerinnen und Bürger die irrsinnigen Olympia-Pläne ablehnen könnten, ist falsch.«

Zudem kritisiert DIE LINKE, dass auch Privatisierungen Bestandteil der Olympia-Pläne sind: »Es ist unglaublich, dass schon jetzt die Privatisierung von städtischen Flächen angekündigt wird, um die Kosten für die Stadt kleinzurechnen. Dem Senat sollte klar sein, dass private Investoren nicht aus Liebe zu Hamburg Olympische Spiele in Hamburg unterstützen werden, sondern um Profite zu machen. Ein Ausverkauf der Stadt und das sinnlose Verbrennen von Steuergeldern für ein sechzehntägiges Prestige-Event, dessen Profite von internationalen Konzernen abgeschöpft werden, ist inakzeptabel.«

Augen auf beim Olympiakauf!

Von Nicole Vrenegor



Zeichnung: Birgit Kiupel

Wir freuen uns, den Beitrag von Nicole Vrenegor (41) aufnehmen zu können. Die Autorin ist Diplom-Politologin, aktiv im Netzwerk Recht auf Stadt und Bloggerin bei (N)Olympia-Ham-

burg.de. Ihr Artikel ist in einer Langfassung erstmals im Dezember 2014 im W.E.T.-Magazin des »Winterhude-Eppendorfer Turnvereins« erschienen.

»Ich bin mein Leben lang sportlich tätig gewesen: allerdings bewusst ohne Sportfunktionäre. Ich könnte auch formulieren: Ich bin gegen Olympische Spiele, weil ich Sportler bin. Die vorliegenden Erkenntnisse bestätigen diese Haltung außerordentlich.« Dies schreibt Wolfgang Zängl von der Gesellschaft für ökologische Forschung e.V. in seinem Vorwort zum »Kritischen Olympischen Lexikon«, das auf der Kampagnenseite der bayrischen Olympia-Gegner (www.nolympia.de) zu finden ist. Zängls Online-Lexikon bietet eine unschätzbar wertvolle Quelle für alle Menschen, die sich kritisch mit den Olympischen Spielen beschäftigen wollen – wer sich hier informiert, wird so leicht auf keinen Olympischen Trick der Sportfunktionäre und Olympia-Befürworter mehr reinfallen.

»Augen auf beim Olympia Kauf«, das dachte sich im November 2013 auch eine deutliche Mehrheit in Bayern. Bei allen vier Bürgerentscheiden sprach sich die Bevölkerung gegen eine Bewerbung Bayerns für die Olympischen Winterspiele 2022 aus. Bisher gab es in keinem Land, das über Olympische Spiele abstimmen ließ, eine Zustimmung für das Großevent. Also können wir Olympia-KritikerInnen uns ganz entspannt zurücklehnen und den anstehenden Bürgerentscheid im nächsten Jahr einfach abwarten?

Leider nicht, denn das, worüber der nächste Senat voraussichtlich im Herbst abstimmen lässt, wird lediglich eine Olympia-light-Fassung sein: Wie hätten wir die Olympischen Spiele denn gerne, wenn wir die freie Wahl hätten? Haben wir aber nicht, denn Fakt ist: Zum Zeitpunkt des Bürgerentscheids kann die Stadt noch nicht mal ihr fertiges Konzept mit allen anfallenden Kosten und Planungsrisiken präsentieren. Darüber hinaus liegt das ursprüngliche Bewerbungskonzept Universen von dem entfernt, was am Ende vom IOC festgelegt und der Austragungsstadt durch den geheimen Host-City-Vertrag aufgezwungen wird.

Der Gigantomanius der letzten Jahrzehnte ist ein Gigantomanius des Internationalen Olympischen Komitees (IOC). Ob sich das IOC – wie nun vom Präsidenten des Hamburger Sportbundes Jürgen Mantell vorgeschlagen – mit Sekt und Schnittchen im Hamburger Rathaus abspeisen lassen wird, ist mehr als fragwürdig.

Um den Partizipationsbluff rund um Olympische Spiele zu entzaubern, müssen viele kritische Lexikonartikel gelesen, Zahlen transparent und dahinter liegende Interessen sichtbar gemacht werden. Im Folgenden stelle ich drei gängige Werbetricks vor, mit denen Hamburgs Bürgerinnen und Bürgern Olympia schmackhaft gemacht werden soll.

Argument 1: Hamburg setzt auf nachhaltige Spiele

»Hanseatisch bescheiden« sollen die Spiele sein. »Ein Olympia der kurzen Wege im Herzen der Stadt«. Schon in den Antworten des Hamburger Senats auf die 13 Fragen des Deutschen Olympischen Sportbundes wird klar: Nachhaltigkeit wird ganz groß geschrieben. So wird Sportsenator Michael Neumann nicht müde, die Sommerspiele in London als Vorbild für Nachhaltigkeit zu loben. Dort produzierten die Olympischen Spiele vom Planungsbeginn bis zur Abschlussveranstaltung 4,3 Mio. Tonnen CO₂-Emissionen. 80% des Energieverbrauchs von



Ich wähle DIE LINKE, weil sie meine Positionen zu wichtigen Themen vertritt, wie »Kein Freihandelsabkommen TTIP« mit Verschlechterung unserer Standards und Aushebelung unseres Rechtssystems usw.. »Kein Olympia« – das Risiko für die Ham-

burgerInnen ist zu groß. Hamburg verrechnet sich immer bei Großereignissen, s. Internationale Gartenschau igs, Elbphilharmonie. »Keine weitere Elbvertiefung« – Hamburg sollte sich vom Gigantismus verabschieden, sich um die Schere zwischen Arm und Reich kümmern und etwas gegen das Auseinanderdriften der Stadtteile tun.

Marianne Groß, engagiert sich seit vielen Jahren in Bürgerinitiativen und Vereinen für die Zukunft Wilhelmburgs

Olympia 2012 speiste sich aus Atomkraftwerken. Nachhaltig geht irgendwie anders. Eine vergleichbare Menge würde für Hamburg viel dicke Luft bedeuten; zumal der Unternehmensverband Hafen Hamburg schon jetzt angekündigt hat, dass die Hafengewirtschaft – im Falle eines Umzugs wegen Olympia – ihr angestammtes Recht auf Emissionen gern mitnehmen würde. Dabei liegt die Hansestadt schon jetzt über den EU-Grenzwerten, vor allem rund um den emissionsintensiven Hafen, wo nun ausgerechnet der Hauptteil der zu bauenden Sportstätten liegen soll.

Wenn die Stadt von Nachhaltigkeit spricht, meint sie vor allem dies: ein paar temporäre Stadien hier, eine vorausschauende Nachnutzung da, etwas weniger Stahl verbauen und am Ende auch einen hübschen Park übrig lassen. Dabei kann ein Mega-Event wie die Olympischen Spiele, gerade in einer vergleichbar kleinen Metropole wie Hamburg, niemals nachhaltig sein. Dazu ein paar Zahlen: 26 Olympische Sportarten finden in 35 Sportstätten sowie 30 Trainingsstätten statt; 10.500 Sportlerinnen und Sportler beherbergt das Olympische Dorf plus 6.500 Betreuende; es werden 42.000 Zimmer in der 3- bis 5-Sterne-Kategorie für die »olympische Familie« benötigt; 16.000 MedienvertreterInnen sind während der Spiele anwesend; 14 Mio. Mahlzeiten werden täglich ausgegeben; in London waren 40.000 Sicherheitskräfte im Einsatz, darunter 13.500 Soldaten und 12.000 Polizisten.

Die Zahlen zeigen: Olympische Spiele sind keine Bundesjugendspiele, sondern hoch riskante Megainvestitionsprojekte, die im Falle des Scheiterns das Potenzial haben, den Bankrott ganzer Staaten einzuläuten, wie im Falle Griechenlands mit der Athener Olympiade 2004 geschehen. Man kann Hamburgs Olympiastrebungen mit einem Kind vergleichen, das bis zum Tag X, der Eröffnung der Olympischen Spiele, das Mehrfache seines Körpergewichts zunehmen soll. Dazu wird es in den nächsten zehn Jahren gemästet – mit überdimensionierten Stadien, fetten Zufahrtsstraßen, Prestige-Bahnhöfen.



Ich möchte DIE LINKE als starke Fraktion in der Bürgerschaft sehen, weil nur die Mitglieder und Abgeordneten dieser Partei auch weiterhin in den Bürgerinitiativen der Stadt aktiv sind und sich mit uns zusammen gegen Wohnraumvernichtung, gegen

die Zerstörung urbaner Strukturen und für den Erhalt von Stadtgrün und Natur einsetzen.

Götz v. Grone, Bürgerinitiative WIR-sind-Eppendorf und Nordnetz Hamburg

Nachhaltig ist daran nur, dass sich die Eltern schon jetzt darüber Gedanken machen, wie das Kind nach dem Fest wieder abspecken kann.

Argument 2: Hamburg macht mit Olympia Stadtentwicklung

Die Stadt Hamburg will mit den Olympischen Spielen nur das umsetzen, was eh schon seit langem auf der Agenda der Stadtentwicklung steht, so lautet diese beliebte Argumentationsfigur. Im O-Ton des Senats: »Die Olympischen und Paralympischen Spiele werden durch die Entwicklung des zentralen Olympiageländes auf dem Kleinen Grasbrook und dessen Erschließung für die Hamburger Bevölkerung eine Scharnierfunktion für die Stadtentwicklung übernehmen. Der Kleine Grasbrook verknüpft die südliche Achse und eine der östlichen Achsen. Während das als »Sprung über die Elbe« bezeichnete südliche Entwicklungskonzept die Stadtteile Wilhelmsburg, Veddel und Harburg integriert, wendet sich das Konzept »Stromaufwärts an Elbe und Bille« den Stadtteilen zwischen Rothenburgsort und Billstedt zu.«

Abgesehen davon, ob man diese städtischen Leitbilder sinnvoll findet oder sie für reine Gentrifizierungsprojekte hält, das alles sind originäre Aufgaben einer sozialen Stadtentwicklung, die prozesshaft ist und auf Veränderungen, beispielsweise in der Nachfrage oder im Finanzhaushalt, reagieren kann. Mit der Kopplung der Leitbilder an Olympische Spiele 2024 oder wahrscheinlicher 2028 setzt man die Realisierung unter einen höchst bedenklichen Zeitdruck, der wiederum enorme Kosten mit sich bringt. Ein Grund, warum bei allen Olympischen Spielen von Montreal bis Rio die Kosten explodieren, liegt darin, dass alle wissen, dass bis zum glamourösen Auftakt alles fertig sein muss und daher jeder Preis gezahlt werden wird.

Argument 3: Hamburg will Sommerspiele ohne Schulden

Kommen wir zum windigsten Argument: dem Versprechen, dass Hamburg sich finanziell nicht mit Olympia verheben werde. Derzeit wird an vielen Stellen heiß gerechnet: Wie teuer wäre das Investitionsbudget für die Spiele 2024/28? Für Hamburg kursiert die Summe von 2,09 Mrd. Euro allein für

die Sportstätten. An Gesamtkosten hat die Handelskammer anfangs die frei imaginierte Zahl von 6,5 Mrd. Euro in den Ring geworfen. Aber eigentlich wolle man sich gar nicht auf Zahlen festlegen, da dies zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich sei, erklärte Bürgermeister Scholz bei der ersten Präsentation des Hamburger Bewerbungskonzepts. Berlin ist da forscher und rechnet mit zwei Mrd. – all inclusive. Sportliche Ziele sind das, wenn man bedenkt, dass die letzten Olympischen Sommerspiele in London 11,3 Mrd. Euro verschlungen haben.

Interessant wird in Bezug auf den Bürgerentscheid sein, welche Kosten der Senat überhaupt als Olympische Kosten auflistet. Nicht verwunderlich wäre, wenn er beispielsweise alle Erschließungs- und Grundstückskosten, die für die Bereitstellung des Kleinen Grasbrooks als Olympische Insel anfallen, aus der Rechnung rausnehmen und unter Stadtentwicklung verbuchen würde. Eine Scholz'sche Milchbubenrechnung, denn so verschwänden mit einem Schlag rund 2,4 Mrd. Euro aus der Olympia-Bilanz. Dies wären die Kosten, die laut einem städtischen Gutachten von 2009 allein für die Erschließung des Kleinen Grasbrooks errechnet wurden. Eine seriöse Abwägung der Chancen und Risiken einer Olympiabewerbung müsste hingegen alle rund um die Olympischen Spiele anfallenden Kosten nennen und dies vor dem Bürgerentscheid transparent machen.

Apropos Transparenz, zum Schluss eine letzte Frage noch: Wohin soll das Hafengewerbe, das sich derzeit auf dem Kleinen Grasbrook befindet, verlagert werden? Eine Frage, die nicht nur die Menschen in Moorburg brennend interessieren dürfte, um ihr Kreuzchen bei »Ja« oder doch besser bei »Nein« setzen zu können.

Obwohl eigentlich noch eine Volksbefragung über die Bewerbung für die Olympischen Spiele aussteht, powern der Senat und das »Hamburger Abendblatt« schon seit Wochen, als ob alles längst entschieden sei. Zur Propaganda-Show gehören auch drei »Bürgerwerkstätten für Spiele in Hamburg«. Es geht dabei nicht um das »Ob«, es geht vielmehr darum, dass sich die BürgerInnen »über den aktuellen Planungsstand informieren, Fragen stellen und eigene Anregungen einbringen« können. Sozialdemokratische Beteiligungskultur par excellence! Die Bürgerwerkstatt 1 zu den vorgesehenen »Wettkampf- und Trainingsstätten« hat bereits am 28. Januar stattgefunden, es folgt **Werkstatt 2 zu »Verkehr und Tourismus« am Donnerstag, den 19. Februar**, sowie zur **»Entwicklung des Kleinen Grasbrooks zum neuen Stadtteil OlympicCity« am Donnerstag, den 26. Februar**, jeweils von 18.00 bis 21.00 Uhr im Unilever-Haus, Strandkai 1, Hafen-City. Infos/Anmeldung unter www.luchterhand.de.

Wohnungsbilanz: Zu wenig, zu teuer & zu groß

Von Heike Sudmann und Michael Joho



Kapital-Anlage: Hansaterrassen im südlichen Hamm (M. Fisch)

Kurz vor der Wahl hat der SPD-Senat auf seiner Landespresskonferenz am 20. Januar 2015 noch einmal eine Bilanz der Wohnungspolitik seit 2011 gezogen. Alle Versprechen wurden gehalten, so die Botschaft von Olaf Scholz & Co. Die Linksfraktion bilanziert die Wohnungspolitik des SPD-Senats durchaus anders. In den folgenden zehn Punkten erklären wir, warum.

Vorweg: Aus unserer Sicht gibt es bei einer wohnungspolitischen Bilanz zwei entscheidende Punkte, die auch für den größten Teil der Hamburgerinnen und Hamburger ausschlaggebend sind:

- a) Hat sich die Wohnungsnot insgesamt, vor allem aber der Wohnungsmangel bei günstigen, erschwinglichen Wohnungen in den vergangenen vier Jahren verringert?
- b) Ist der Mietensinn, der starke Anstieg bei Bestands-, aber insbesondere auch bei den Neuvermietungsrenten in den letzten vier Jahren gebremst oder gar zurückgedreht worden?

1. Ein selbstgegebenes Versprechen einzuhalten, ist honorig. Nur leider war das Versprechen von vornherein so angelegt, dass es an den realen Bedarfen Hamburgs vorbeiging. Und so ergibt sich, dass die SPD zufrieden ist – Selffulfilling Prophecy eben –, viele BürgerInnen Hamburgs aber unverändert unter der Wohnungsnot, speziell dem großen Mangel an günstigem Wohnraum, sowie unter dem anhaltenden Mietensinn leiden. Der Start dieses Senats in Sachen Wohnungspolitik war bezeichnend schlecht, denn von Wohnungsmangel wollte Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau zunächst nichts wissen. Erst nach massiven Protesten gegen die unzureichende Wohnungspolitik sah sich Bürgermeister Olaf Scholz Anfang Juli 2011 schließlich gezwungen, die »Wohnungsnot« in der Stadt einzugestehen.

■ Merke: Die Zielvorgaben des SPD-Senats 2011 waren von vornherein viel zu niedrig angesetzt, die realen Bedarfe wurden seitdem anhaltend unterschätzt!

2. Von 30.000 (HafenCity Universität, Basse/SAGA GWG), 90.000 (Engel & Völckers), sogar von 110.000 (Pestel-Institut) fehlenden Wohnungen in Hamburg war 2011 die Rede. In der Regierungserklärung von Bürgermeister Olaf Scholz vom 23. März 2011 fand diese Größenordnung allerdings keinen Niederschlag: »Wir brauchen 6.000 neue Wohnungen pro Jahr, um das entstandene Defizit auszugleichen.« Und auch im »Arbeitsprogramm des Senats« vom 10. Mai 2011 heißt es: »Das Ziel sind 6.000 neue Wohnungen pro Jahr.«

Über weit mehr als die Hälfte der Legislaturperiode mussten wir uns anhören, die SPD habe nie 6.000 Baufertigstellungen pro Jahr gemeint, vielmehr wäre es um Baugenehmigungen gegangen. In 2012 waren es lediglich 3.793 neu errichtete Wohneinheiten (WE), erst 2013 konnte die »magische Grenze« überschritten und die Zahl von 6.407 WE verkündet werden, 2014 sollen es dann »mindestens 6.100« geworden sein.

■ Der Neubau seit 2011 hat den gravierenden Wohnungsmangel keinesfalls ausgeglichen bzw. abgebaut!

3. Um ein realistisches Bild vom Zuwachs an Wohnraum zu bekommen, ist nicht zuletzt die Zahl der – vom Senat gerne verschwiegenen – Abrisse zu betrachten. 2012 waren es 618, 2013 immer noch 345, zusammen also 963 vernichtete WE, die in diesen beiden Jahren den 10.200 neu gebauten entgegen standen, macht also per Saldo 9.237 mehr Wohnungen Ende 2013 gegenüber Ende 2011. Stolz vermeldete der Senat auf seiner Pressekonferenz am 21. Januar 2015 »mindestens

6.100« neu errichtete WE, die Zahl der abgerissenen konnte oder wollte er nicht benennen.

■ Der Senat argumentiert ständig mit Baugenehmigungen (in denen mensch bekanntlich nicht wohnen kann), entscheidend sind aber die Baufertigstellungen minus der Abgänge!

4. Genauso verhält es sich mit einem anderen, noch viel entscheidenderen Aspekt, dem Bevölkerungswachstum in Hamburg. 2012 hatte die Bevölkerungszahl um 16.085 zugenommen, 2013 um 12.070. Die Rede ist hier nicht von NeubürgerInnen, sondern vom absoluten Wachstum der Bevölkerung 2012 und 2013 um genau 28.155 BürgerInnen. Dem standen in den beiden Jahren per Saldo lediglich 12.672 WE gegenüber. Bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße in Hamburg von 1,81 Personen (2012) hat also der neu geschaffene Wohnraum nicht einmal gereicht, den Bedarf der Mehr-BürgerInnen abzudecken. Bezeichnenderweise hat der Senat die Zahl der neu errichteten WE im Jahre 2014 quasi per Hand ausgezählt, um sie auf der Pressekonferenz am 21. Januar präsentieren zu können. Doch den Bevölkerungszuwachs in 2014 konnte der Senat noch nicht quantifizieren. Er dürfte erneut bei weit über 10.000 liegen und damit bestätigen, dass rein statistisch betrachtet der per Saldo geschaffene Wohnraum bestenfalls die Mehr-BürgerInnen versorgte, nicht aber den seit Jahren aufgestauten und 2011 eingestandenen Wohnungsmangel abbauen.

■ Der Wohnungsneubau seit 2011 hat nicht einmal das anhaltende Bevölkerungswachstum ausgeglichen!

5. Der Senat betont immer wieder, Hauptsache, es würden Wohnungen gebaut werden, egal welche. Doch die frei finanzierten Neubauwohnungen (erst recht die Eigentumswohnungen) sind für große Teile der normal- und sowieso geringverdienenden Bevölkerung nicht bezahlbar. Sie können sich Neuvermietungsmieten von 9,50 Euro/qm netto-kalt (so



Caren Lay, Heike Sudmann: Pressetermin zum Wohnungsbau (M. Joho)



Ich wähle Heike Sudmann von der LINKEN, weil sie eine kompetente Anwältin der AnwohnerInnen in den touristischen Hot Spots der Hansestadt ist.

Wiebke Johannsen,
Freischaffende Historikerin,
Hamburg-Neustadt

der Durchschnitt Anfang 2014 laut F+B - Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt GmbH; in der Studie des Gymnasiums Ohmoor vom 1. April 2014 wird die durchschnittliche Miete aller inserierten Wohnungen sogar mit 11,83 Euro/qm angegeben) schlicht nicht erlauben - oder geben notgedrungen nicht mehr »nur« 25 oder 30%, sondern verbreitet inzwischen 40%, vereinzelt sogar bis zu 50% ihres Haushaltseinkommens für das Wohnen aus.

■ Es ist seit 2011 vor allem teurer Wohnungsbau entstanden, die Wohnungsnot gerade der Gering- und NormalverdienerInnen hat das nicht reduziert!

6. Zu den Kriterien, was seit 2011 eigentlich vermehrt gebaut wurde, und inwieweit damit reale Bedarfe befriedigt werden konnten, gehört die vom Senat so hochgelobte Zielsetzung des »Drittelmixes«, demzufolge von den neu gebauten Wohnungen jeweils ein Drittel Eigentums-, Miet- und geförderte Wohnungen sein sollten. Tatsächlich liegt die Eigentumsquote in Hamburg gegenwärtig bei 23%. Wieso also visiert der Senat an, dass Wohnungsbaukapazitäten zu 33,3% für den Eigentumsbereich reserviert werden sollen? Dass vor allem für die gut und bestens Verdienenden in dieser Stadt gebaut wird, ist auch daran zu erkennen, dass die im Jahr 2013 6.407 neu errichteten Wohneinheiten eine Durchschnittsgröße von sage und schreibe 102,1 qm hatten. Welcher normal verdienende Singlehaushalt, welche TransferleistungsempfängerIn, welcher SeniorInnenhaushalt kann sich eine so große Wohnung leisten, allemal bei den heutigen Quadratmeterpreisen?

■ Mit Blick auf die höheren Profitraten werden in Hamburg seit Jahren vor allem sehr große und damit sehr teure Wohnungen gebaut und der Anteil der Eigentumswohnungen systematisch nach oben getrieben!

7. Es ist keineswegs egal, was da gebaut wird, entscheidend wäre vielmehr, die Wohnungsnot »von unten« her aufzurollen, doch genau an diesem Punkt versagt der Senat. So ist der Anteil der mietenspiegelrelevanten Wohnungen unter 6,- Euro/qm netto-kalt stark rückläufig und von 2009 mit 44,8% (= 244.946 WE) bis 2011 auf 32,7% (= 175.534 WE) und schließlich in 2013 auf 24,3% (= 131.706 WE) gesunken, eine Halbierung in nur vier Jahren!

■ Die Zahl der günstigen mietenspiegelrelevanten Wohnungen unter 6,- Euro/qm hat sich alleine von 2011 bis 2013 um fast 44.000 WE reduziert!

8. Hinzu kommt, dass auch die Sozialwohnungen des 1. Förderweges (Einstiegsrente 6,20 Euro/qm netto-kalt) massiv rückläufig sind, obwohl 41% aller berechtigten Haushalte (absolut 374.000) darauf einen Anspruch haben. Ende 2010, also kurz vor der SPD-Senatsübernahme, gab es in Hamburg noch 95.663 Sozialwohnungen, Ende 2013 waren es nur noch 86.680 (»Stadtteil-Profile«, Ausgaben 2011 und 2014). Und diese Entwicklung wird bei anhaltender Politik weitergehen.

Da nutzt es auch nichts, auf der bereits erwähnten Landespressekonferenz darin zu schwelgen, dass im vergangenen Jahr durch Neubau, Modernisierung und Belegungsankäufe per Saldo 3.814 mehr Bindungen geschaffen worden seien als aus der Bindung herausgefallen sind. Denn alleine im Vorjahr 2013 sind fast 10.900 Sozialbindungen ausgelaufen, 2014 waren es mit knapp 2.800 ausnahmsweise mal wenig Bindungsausläufe, in 2015 werden es schon wieder fast 7.000 sein.

■ Die Zahl der Sozialwohnungen hat sich seit 2011 um 8.000 bis 10.000 reduziert!

9. Am dramatischsten stellt sich die Lage auf dem »Wohnungsmarkt« für die Obdach- und Wohnungslosen dar. So hat sich die Zahl der Obdachlosen von ca. 1.000 auf – von ExpertInnen geschätzte – 2.000 in den vergangenen Jahren erhöht. Die Versorgungsquote von etwa 7.000 Haushalten mit einem Dringlichkeitsschein lag schon 2011 bei mickrigen 30%, im ersten Halbjahr 2014 bei nur noch 27%. Auch die Zahl der von den Fachstellen der Wohnungslosenhilfe gesicherten Wohnungen hat abgenommen: von 7.370 Fällen (2011) auf 4.379 (August 2014). Zugleich nimmt die Zahl der Menschen in der öffentlichen Unterbringung zu, von 7.759 (Ende 2010) auf 11.778 Personen (am 30.6.2014).

■ Die Obdach- und die Wohnungslosigkeit haben in der Stadt seit 2011 beträchtlich zugenommen.

10. Bei der Vorstellung des »Mietenspiegels 2013« am 12. November 2013 verkündete Senatorin Blankau als vermeintlichen Erfolg, die Wohnungs- und Mietpolitik des Senats habe zu einer »Stagnation der Mietpreissteigerung« geführt. Die ortsübliche Vergleichsmiete sei von 2011 auf 2013 »lediglich« um 5,7% gestiegen, dagegen von 2009 auf 2011 um 5,8%. Tatsächlich sind die Mieten in den vergangenen vier Jahren so schnell gestiegen wie seit langem nicht mehr. Auf der Pressekonferenz am 21. Januar konnte die Senatorin wieder nur einen sehr fragwürdigen Erfolg der Senatspolitik hochloben, dass nämlich die Preise bzw. Mieten im obersten Preissegment »stagnieren« würden. Der großen Mehrheit mit mittlerem und erst recht mit geringem Einkommen nützt das rein gar nichts.

■ Die ortsübliche Vergleichsmiete ist in den vergangenen Jahren um jährlich fast 3% gestiegen, erheblich schneller als die Einkommen bzw. Gehälter und auch die Inflationsrate.

Unsere Bilanz ist klar: Die Wohnungsnot wurde in Hamburg keineswegs abgebaut, sie hat sich in den letzten vier Jahren nochmals erhöht. Auch der Mietensinn ist nicht ge-



Meine Kreuze zum ersten Mal für DIE LINKE! Von Aktionen und Entscheidungen unserer Landesregierung enttäuscht, habe ich mich über DIE LINKE informiert. Meinungsbeeinflusst durch meine ostdeutsche Vergangenheit nähere ich mich erst jetzt wieder

dieser Partei. Mir war ein vermeintlicher Spross aus dem damaligen, nicht zu akzeptierenden Staatssystem doch sehr suspekt. Ich war überrascht und erfreut über die engagierten Mitglieder, die ich kennenlernte. Vor allem aber ist man – in der heutigen Zeit der Riesenschere zwischen Arm und Reich (und damit zukünftigen Wirtschaftsproblemen), der Wohnungsnot und der zusätzlich aggressiv betriebenen Gentrifizierung – schnell konform mit ihren Vorstellungen und Forderungen. Ich denke, es ist ein guter neuer Weg.

Jana Topp, engagiert im St. Georger Einwohnerverein

bremst worden, die Mieten sind ganz im Gegenteil in den vergangenen vier Jahren auf dem höchsten Niveau seit langem angekommen.

Wie verkehrt die Wohnungspolitik ausgerichtet ist (ganz abgesehen von den realen Zahlen), zeigt sich exemplarisch schon daran, dass der Senat den bereits erwähnten »Drittmix« anvisiert, also auch 33,3% Eigentumswohnungen. Gleichzeitig will er jährlich 33,3% öffentlich geförderte Wohnungen neu bauen lassen (was längst nicht nur Sozialwohnungen im 1. Förderweg meint), obwohl 41% der Hamburger Haushalte einen Anspruch auf eine Sozialwohnung des 1. Förderweges haben.

Längst nicht nur in den innenstadtnahen Lagen wie z.B. in St. Pauli und St. Georg haben sich die Gentrifizierungsercheinungen – trotz Sozialer Erhaltungsverordnungen – weiter zugespitzt. Auch die Segregation, die soziale Entmischung der Stadtteile, ist auf einem neuen Niveau angelangt. Der Senat setzt dieser Entwicklung – die innenstadtnahen Quartiere den Gutverdienenden, die Randlagen den Haushalten mit mittleren und geringen Einkommen – nichts Nachhaltiges entgegen.

Im Gegenteil: Die ausgleichenden Mittel des »Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung« (RISE), die im Doppelhaushalt 2011/12 noch mit jährlich 25 Mio. Euro ausgewiesen waren, sind im Etat 2013/2014 bereits auf 20 Mio. Euro reduziert worden und sollen im Jahr 2016 nochmals um 5 Mio. Euro abgesenkt werden.

Fazit: In den letzten Jahren ist viel zu wenig neuer Wohnraum und vor allem auch viel zu wenig günstiger, öffentlich geförderter Wohnraum entstanden; es ist im Durchschnitt viel zu groß und damit zu teuer gebaut worden. Eine soziale Mieten- und Wohnungspolitik, wie DIE LINKE sie vertritt, sieht anders aus. Nein, Olaf Scholz, wir sind nicht zufrieden!

Hand angelegt



Verstärkung aus Berlin: am Infostand der Wilhelmsburger LINKEN (M. Joho)

Zu den positiven Begleiterscheinungen gehört, dass im Rahmen des Wahlkampfes wieder viel Prominenz aus der Partei und der Bundestagsfraktion zu Gast in Hamburg war. Sie signalisierten alleine durch ihre Anwesenheit den bundesweiten Zusammenhang der LINKEN und unterstreichen, dass mensch sich auch anderswo für die Entwicklungen und speziell die Wahl in der Elbmetropole interessiert. Wir möchten allen Genossinnen und Genossen danken, die von nah und fern angereist sind und mit »Hand angelegt« haben, sei es

durch das Verteilen von Flyern, durch die Beteiligung an Infotischen in den Bezirken oder den Auftritt auf zentralen Veranstaltungen!

Ein besonderes Dankeschön geht an Caren Lay, die stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE wie auch ihrer Bundestagsfraktion. Einen ganzen Tag – am 23. Januar – stand sie in Hamburg Rede und Antwort, u.a. am Infotisch in Wilhelmsburg, beim Verteilen von Materialien in der Osterstraße und abends als Podiumsgast auf einer Veranstaltung der LINKEN in Steilshoop. Caren Lay hat ihre politischen Wurzeln in der Bundesrepublik, genau genommen in Marburg, wo sie studiert hatte. Sie engagiert sich heute vor allem in verbraucher- und wohnungspolitischen Fragen auf Bundesebene, ohne dabei die Reisen »in die Provinz« zu scheuen. Gut zu wissen, dass taffe Frauen wie Caren (und Männer) überall mitmischen.



Ich möchte DIE LINKE wieder – als noch stärkere Fraktion – in der Bürgerschaft sehen, weil dieses Kreativ- und Oppositionspotenzial der Stadt Hamburg und vielen Hamburgerinnen und Hamburgern gut tut. Hoffentlich im zweistelligen Bereich! In der

Bezirksversammlung Nord ist DIE LINKE außerdem die einzige Fraktion, die den sozialen und nachhaltigen Wert öffentlicher Flächen anerkennt und gegen den Verkauf von 40% des jetzigen Freibades Ohlsdorf ist, um dort in großem Stil Wohnungen bauen zu lassen. Auf Hamburger Ebene ist DIE LINKE ein Garant für vernünftige, d.h. soziale und nachhaltige Stadtplanung.

Hartwig Zillmer, Fuhlsbüttel

Die letzten beiden zentralen Termine des Bürgerchaftswahlkampfes der Hamburger LINKEN:

Kundgebung mit Gregor Gysi, dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, und den KandidatInnen zur Hamburger Bürgerschaftswahl: **Donnerstag, 12. Februar**, 19.00 Uhr, Markthalle, Klosterwall 11

Wahlparty der Hamburger LINKEN: Sonntag, 15. Februar, ab 17.00 Uhr, Bar VIVO, Bahrenfelder Straße 260

GRÜNE und LINKE am fahrradfreundlichsten!



Foto: C. Hannen

Das ist das Ergebnis des »Wahlchecks« des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) anlässlich der bevorstehenden Bürgerschaftswahl. Für die CDU und wohl nicht ganz zufällig auch in der medialen Berichterstattung – insbesondere im »Hamburger Abendblatt« – spielen Verkehrsprobleme eine herausragende Rolle. Gemeint ist damit aber meist der unvermeidliche »Stau«, der der AutofahrerInnen-Lobby schon fast zum geflügelten Wort geworden ist. Das zweite Thema lieferte der SPD-Senat mit seinem 259 Mio. Euro teuren, z.T. übers Knie gebrochenen und jedenfalls mit den BürgerInnen bestenfalls unzureichend rückgekoppelten Busbeschleunigungsprogramm selbst. Lenken wir den Blick auf einen dritten Brennpunkt der verkehrspolitischen Kontroverse, das Fahrradfahren in Hamburg. Wir zitieren dafür nachfolgend die Pressemitteilung des ADFC vom 30. Januar 2015.

Vor der Wahl am 15. Februar 2015 fühlte der ADFC allen bisher in der Bürgerschaft vertretenen Parteien auf den Zahn. Wie halten sie es mit dem Radverkehr und was wollen sie für Hamburgs Radfahrende in der nächsten Legislaturperiode erreichen? Ergebnisse und Auswertung der großen ADFC-Umfrage wurden auf einer Pressekonferenz am Freitag präsentiert.

Immer mehr Menschen steigen in Hamburg aufs Rad, nicht nur in ihrer Freizeit, sondern vor allem auch im Alltagsverkehr. Das hat auch die Politik bemerkt: Der Radverkehr ist eines der heiß umkämpften Themen im Wahlkampf. Alle Parteien geben sich fahrradfreundlich. Aber wie ernst ist es ihnen wirklich? Der ADFC fragte das mit konkreten Wahlprüfsteinen ab.

»Das Ergebnis ist enttäuschend«, so Merja Spott, Referentin für Verkehr, »denn nur zwei Parteien wollen sich für den Radverkehr so einsetzen, wie es sich der ADFC wünscht: Grüne und LINKE«. Bei den anderen Parteien, insbesondere der SPD, sind die vermeintlichen Liebeserklärungen ans Fahrrad scheinbar leider doch oft nur Lippenbekenntnisse. Noch nicht einmal die Velorouten, die schon seit 1997 in der Planung sind, wollen CDU, SPD und FDP bis 2020 fertigstellen. »Bürgermeister Scholz, CDU und FDP sind sich in dem Glauben einig, dass Hamburg sich fahrradfreundlicher, verkehrssicherer und attraktiver machen ließe, ohne den massiven Auto- und Wirtschaftsverkehr in der Stadt zu reglementieren. Den Radverkehr ausbauen, ohne dem Auto Platz wegzunehmen? Wie soll das gehen?«, fragt Spott und fordert Ehrlichkeit und Mut in

der Diskussion um die Frage, wie wir uns zukünftig in der Stadt bewegen wollen. Ein modernes Verkehrskonzept für Hamburg, das konsequent auf klimafreundliche, stadt- und menschengerechte Mobilität setze, ließe sich bei der regierenden SPD nicht erkennen. Aber: »Immerhin zeigt sich die SPD im ADFC-Wahlcheck offen, was die Einrichtung weiterer Fahrradstraßen angeht«, so Spott. Es jedoch allen recht machen zu wollen, führe nur zu Lösungen, mit denen niemand so richtig warm wird. Deutlich werde auch, dass außer Grünen und LINKEN noch immer nicht alle Verkehrspolitiker verstanden hätten, dass es bei der Radverkehrsförderung nicht nur um Sanierung von Radwegen oder die Anlage von Radfahrstreifen geht. Parkraumbewirtschaftung, Verkehrsberuhigung und Temporeduzierungen sind nach Ansicht des ADFC ebenso wichtige Maßnahmen, um das Verkehrssystem sicherer für die Menschen und damit auch fahrradfreundlicher zu machen.

»Der ADFC-Wahlcheck verstärkt so den Eindruck, dass die Aktivitäten der SPD in Sachen Radverkehr in den letzten Monaten doch vor allem auch Wahlkampf waren. Im Sinne eines fahrradfreundlichen Hamburgs ist daher nur zu hoffen, dass Olaf Scholz in der nächsten Wahlperiode nicht mehr allein das Sagen hat, sondern einen Partner erhält, der ihn endlich aufs Rad setzt.



Ich möchte DIE LINKE wieder in der Bürgerschaft sehen, weil ich deren kritisches Hinterfragen besonders im sozialen Bereich notwendig und wichtig finde. Außerdem brauchen wir eine andere Stadtentwicklungspolitik, die die Menschen – allemal

die mit weniger Einkommen und Beschwerdemacht, die MieterInnen und Benachteiligten – in den Mittelpunkt stellt und eine echte Bürgerbeteiligung wie z.B. starke Stadtteilbeiräte fördert. Dafür steht DIE LINKE, darum wähle ich sie.

Karla Fischer, engagiert in der St. Georger Geschichtswerkstatt

Minderjährige Flüchtlinge nicht aussetzen!

Von Christiane Schneider



Absurdistan: Recyclinghof am Bullerdeich wird Flüchtlingsheim

In ihrem letzten Antrag an die 20. Hamburgische Bürgerschaft beschwört die SPD die »Gewährung von Schutz, gute(r) Versorgung und Integration der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge« als »Herausforderung an Politik und Gesellschaft«.

Schutz, gute Versorgung, Integration? Vieles ließe sich zum Umgang Hamburgs mit minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen sagen, z.B. zur jüngsten Bundesratsinitiative, mit der der Senat erreichen will, dass Hamburg ab dem Sommer minderjährige unbegleitete Flüchtlinge nicht mehr aufnimmt, sondern entgegen der dringenden Warnung aller Fachverbände in andere Regionen weiterverteilt. Hier aber soll davon die Rede sein, wie die Stadt mit jungen, allein gelassenen, traumatisierten minderjährigen Flüchtlingen umgeht, die durch Straftaten auffällig geworden sind.

In den nächsten Wochen soll eine Gruppe von 20 auffälligen minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen auf einem ehemaligen Recyclinghof am Bullerdeich 6 in Hammerbrook untergebracht werden. Die Container sind bereits aufgestellt. Eine tristere, unwohnlichere Umgebung lässt sich kaum vorstellen. Der Hof liegt an einer Bahntrasse und ist umgeben von teils leerstehenden, halb verfallenen Lagerhallen. Noch im Juni 2014, also vor einem halben Jahr, hatte der Senat auf eine Anfrage von Cansu Özdemir und mir mitgeteilt: »Die Fläche liegt im Industriegebiet und ist für eine wohnähnliche Nutzung ungeeignet. Die Fläche wird nicht weiter geprüft.« Das war gestern. Heute zählt das nicht mehr, heute zählt das Polizeirecht, das die Unterbringung an ungeeigneten Standorten ermöglicht.

Die Unwohnlichkeit des Standorts ist für den Senat aber nicht nur eine Notlösung, sondern gewollt. Die straffällig gewordenen jungen Flüchtlinge sollen von jedem gesellschaftlichen Leben abgeschottet, sie sollen isoliert werden. Es gibt in der Umgebung kaum AnwohnerInnen. Es gibt Firmen, Kfz-Remisen, aber keine Freizeiteinrichtungen, keinen Fußballplatz,

keine Schule – nichts, was die Integration von Minderjährigen fördert. Dafür in einem Kilometer Entfernung einen Straßenstrich mit all der damit verbundenen Problematik.

Es ist kaum vorstellbar, dass einheimische Jugendliche, die entsprechend auffälliges Verhalten zeigen, auf eine solche Weise ausgesetzt und isoliert werden. Die entscheidende Botschaft an die jungen Flüchtlinge ist der Ausschluss aus der Gesellschaft: »Wir« wollen mit »euch« nichts zu tun haben.

Hinzu kommt: Es soll den Minderjährigen schlecht gehen. Das sieht das »pädagogische Konzept«, das hier praktiziert werden soll, direkt vor. In der Diktion des Senats: »Konzeptionelles Ziel der Unterbringung ist es, den Minderjährigen im Alltag klare Grenzen zu setzen. Begleitet wird dies mit niedrigschwelligem Angeboten, die positive Alternativen aufzeigen



Durch meine Berufstätigkeit in St. Georg habe ich in mehr als 25 Jahren hautnah den Wandel dieses vielschichtigen und spannenden Stadtteils miterlebt. Bei dem ehemals von unterschiedlichen Bevölkerungsschichten durchmischten Stadtteil geht die Tendenz

seit einigen Jahren zu einem Hochglanz-Viertel für Gutbetuchte. Für Familien mit Kindern, junge Erwachsene usw. mit geringem bzw. durchschnittlichem Einkommen bleibt nur ein Wegzug. Ich wähle DIE LINKE, weil ich die Forderung nach bezahlbarem Wohnraum und die konsequente Bekämpfung von Leerstand und Zweckentfremdung unterstütze.

Silke Pelka, wohnt in Hamm

und diese für die Minderjährigen auch erlebbar machen. Dabei spielt auch das Erlangen von Vergünstigungen eine Rolle.« (Bürgerschafts-Drs. 20/14451) Konkret heißt das z.B.: Zunächst werden die Minderjährigen zu zweit in dem schätzungsweise 7-10 qm großen Container untergebracht. Wer spurt, darf in einen eigenen Container umziehen, erhält weitere »Vergünstigungen« und kann sich irgendwann einmal »verdienen«, in eine andere, weniger isolierte Einrichtung umzuziehen, aber auch nur dann, wenn sich irgendwo ein Platz finden sollte. Plätze in jugendgerechter Unterbringung sind rar.

Ich bestreite nicht, dass es tatsächlich eine Herausforderung ist, diese stark auffälligen, aber eben auch schwer traumatisierten, allein gelassenen, teilweise drogenabhängigen jungen Flüchtlinge in die Gesellschaft einzugliedern. Dazu bedarf es pädagogischer Konzepte, die den Namen verdienen und Hilfe, Unterstützung, Zuwendung und Verlässlichkeit bie-

ten, statt eine Mischung aus Isolation und Dressur. Eine Gesellschaft, die sich auf diese Weise schwieriger, aber unterstützungsbedürftiger junger Menschen entledigt, versagt.

Unsere Forderung ist klar: Es darf keine Aussetzung minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge auf dem ehemaligen Recyclinghof geben! Da die Verlegung der ersten Minderjährigen in den nächsten Tagen beginnt, wird es jedoch schwer sein, dieses Vorhaben rechtzeitig zu stoppen. Deshalb ist es wichtig, dass wir alle zusammen diese jungen Menschen nicht aus dem Auge verlieren und uns mit ihrer totalen Ausgrenzung nicht abfinden.

Weitere Hinweise finden sich unter <http://hh-mitten-drin.de/2015/02/junge-fluechtlinge-letzte-hoffnung-recyclinghof/> sowie in den Kleinen Anfragen bzw. Ducksachen 20/14451 (vom 30.1.2015) und 20/14388 (vom 27.1.2015).

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Wie mehrfach im »BürgerInnenbrief« berichtet, benötigen die MacherInnen des **Leerstandsmelders** 10.000 Euro, um diese bundesweit Schule machende Website auf Vordermann zu bringen. Gut 2.500 Euro sind bereits zusammengekommen, drei Viertel fehlen also noch. Wer Interesse hat und sich ggf. mit einer Spende beteiligen möchte, guckt hier: www.startnext.de/leerstandsmelder.



Autos, Busse und FahrradfahrerInnen prägen den Diskurs über den Hamburger Verkehr (s. auch den entsprechenden Artikel in diesem BB). Meistens unbeachtet oder zumindest viel zu kurz kommt aber die größte Gruppe der VerkehrsteilnehmerInnen: **die Fußgängerinnen und Fußgänger**. Als deren Interessenvertretung hat sich in den letzten Jahren vor allem der **Verein »FUSS e.V.**

– **Fachverband Fußverkehr Deutschland** einen Namen

gemacht. Über seine Website www.fuss-ev.de oder direkt per E-Mail an info@fuss-ev.de lässt sich auch der etwa alle drei Monate erscheinende Newsletter beziehen. Im aktuellen Newsletter vom 6. Februar geht es u.a. um den alternativen BUVKO-Kongress »Bewegte Innenstädte mit fairer Mobilität« vom 13. bis 15. März in Erfurt, die Verkehrssicherheit von SeniorInnen und das Falschparken (das wahrlich nicht nur ein Kavaliersdelikt ist).

Ein Audio-Mitschnitt der Reden, die auf der letzten Bürgerschaftssitzung am 4. Februar (u.a. von Heike Sudmann) zu den **Senatsplänen für die Elbinsel Wilhelmsburg** gehalten wurden – von wegen Sprung über die Elbe und so –, findet sich hier: www.soulvillage.de/Mitschnitt_Buergerschaftsdebatte_04_02_2015.mp3.

Und wo wir gerade bei hörenswerten Mitschnitten sind, hier noch der Verweis auf eine Sendung auf Deutschland Radio Kultur (88,7 UKW), wo es bereits am 3. Februar um die Frage ging, **Was sind öffentlich-private Partnerschaften wert?** Zu hören hier: www.deutschlandradiokultur.de/pleiten-pech-und-pannen-was-sind-oefentlich-private.976.de.html?dram:article_id=310179.

Die gegenwärtig – teilweise geheim – ausgearbeiteten internationalen **Handelsabkommen TTIP, CETA usw.** drohen, wichtige Errungenschaften der demokratischen Gesellschaft auszuhebeln. Florian Kasiske hat im letzten BB die Frage aufgeworfen, ob z.B. internationale Wohnungsunternehmen aus den USA und Kanada soziale Erhaltungsverordnungen, die Mietprelsbremse und was auch immer noch aushebeln können, weil solche eigentums einschränkenden Instrumente in Nordamerika nicht existieren. Wir empfehlen zur näheren Information insbesondere die im Januar 2015 veröffentlichte CAMPACT-Broschüre »Auf Kollisionskurs mit der Demokratie:



TTIP und CETA in Hamburg. Folgen der EU-Handelsabkommen mit den USA und Kanada«. Es gibt dieses Material mittlerweile in gedruckter Form, im Netz findet es sich hier: <http://blog.campact.de/2015/01/auf-kollisionskurs-mit-der-demokratie-ttip-ceta-in-hamburg/>. Filmisch aufbereitet wird das Thema im informativen, von ver.di verbreiteten Clip »Demokratie in Gefahr – TTIP & regulatorische Zusammenarbeit«: <https://hamburg.verdi.de/themen/freihandelsabkommen-ttip>. Und besonders schön, weil entlarvend für die herausragend schlecht informierten Podiumsgäste von SPD und CDU ist die Aufzeichnung einer CAMPACT-Debatte über TTIP & Co von Anfang Februar: <http://blog.campact.de/2015/02/livestream-town-hall-meeting-buergergesprach-mit-hamburgsparteien/>.

Bisweilen ist mensch doch erstaunt, wie der Kapitalismus so funktioniert. Ein echtes Lehrbeispiel ist die europaweit agierende Firma **IKEA**, die – kaum glaublich – im Grunde **keine Steuern** zahlt, obwohl sie reichlich Infrastruktur der Allgemeinheit verbraucht. In den jüngsten »Blättern für deutsche und internationale Politik« gibt es Aufklärung und empörende Details: www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2015/januar/ikea-zahlst-du-noch-oder-hinterziehst-du-schon.

Auch DIE LINKE hat einen originellen **Wahlspot wider den Scholzomat** gedreht, im Netz zu finden unter www.die-linke-hamburg.de/konsequent-sozial.html und auf Facebook unter www.fb.com/DIELINKE.Hamburg.

Die soeben erschienene neue Ausgabe (Nr. 8) des **Verkehrspolitischen Zirkulars** der Bundestagsfraktion DIE LINKE informiert auf 76 Seiten u.a. über die Themen 20 Jahre Bahnreform, (die eingestellten) Nacht- und Autozüge, Stuttgart 21, den Bundesverkehrswegeplan, die Maut-Debatte, den Flugverkehr und viele andere verkehrspolitisch interessante Themen. Herunterzuladen unter www.nachhaltig-links.de.

Die aktuellen Ereignisse in Griechenland berühren natürlich auch die Diskussionen in Hamburg. Der ver.di-Fachbereich 08/Medien, Kunst, Industrie lädt ein zur Diskussion **Griechenland nach der Wahl: Merkel-Politik abgewählt – wie weiter?** Die Veranstaltung mit Eurydike Bersi, Journalistin der Athener Tageszeitung »Kathimerini« und Co-Regisseurin des am 11. Februar anlaufenden Films »Wer rettet wen?«, findet statt am **Donnerstag, den 12. Februar**, um 19.00 Uhr im Gewerkschaftshaus, Raum Marseille (4. Stock), Besenbinderhof 60. Ansonsten sei darauf hingewiesen, dass in Hamburg eine **Griechenland-Soligruppe** existiert. Über die bundesweite Solidaritätsarbeit mit Griechenland informiert die Website <https://griechenlandsoli.wordpress.com>.



Auch wenn das Ende der **City-Hochhäuser** eingeleitet zu sein scheint, noch kämpft eine Initiative um deren Erhalt. Und bietet weiter kostenfreie **Führungen** an, um hinter die Fassaden der »Klotzbrocken« am Hauptbahnhof zu blicken. Die nächsten Termine fallen auf **Samstag, den 14. Februar**, 11.00 Uhr, sowie **Sonntag, den 22. Februar**, 15.00 Uhr. Jeweils ab Arno-Schmidt-Platz (vor der Zentralbibliothek am Hühnerposten). Anmeldungen unter fuehrungen@city-hof.org, Informationen über die Initiative gibt es unter www.city-hof.org.



Der bekannte **Psychiater Klaus Dörner** (geb. 1933), dem u.a. die Öffnung der »Heime« wesentlich zu verdanken ist, hat sich in den vergangenen Jahren verstärkt mit dem demografischen Wandel und den Auswirkungen auf das Leben der Menschen vor allem im Alter beschäftigt – und neue Formen der Integration in den Alltag und die Quartiere entwickelt und erprobt. Am **Freitag, den 6. März**, ist er zu Gast bei der St. Georger Geschichtswerkstatt und referiert über **Die Zukunft des Wohnens**. Beginn ist um 19.00 Uhr im Gemeindesaal (Stiftstraße 15/Ecke Rostocker Straße), der Eintritt beträgt 2 Euro.

Kulturtyp: Comeback. Das Karl-Marx-Musical



Plakat der Uraufführung in Plauen (Ausschnitt)

»Lustiger als Das kommunistische Manifest, romantischer als Das Kapital!« Okay, gesehen hat's von uns noch keine/r, insofern sei nicht ausgeschlossen, dass es sich bei unserem Kulturtyp auch um einen völligen Flopp handeln könnte. Aber die Chose ist halt gerade erst angelaufen und Ende Februar auch schon wieder zu Ende. Die Rede ist vom »Comeback. Das Karl-Marx-Musical«, das vom 12. bis 15., 18. bis 21. und 25. bis 28. Februar täglich um 20 Uhr im kleinen Monsun-Theater (Friedensallee 20) zu sehen ist.

Es handelt es sich um eine schrille Verwechslungskomödie, die im krisenumbandeten London der Jahre 2008/2009 spielt. »Während einer spiritistischen Sitzung kommt ein junger, mittelloser Rockmusiker auf dem Highgate-Friedhof hinter Karl Marx' Grabstein hervor«, so der Beginn der Geschichte laut ausführlicher »Abendblatt«-Besprechung. Und dann kommt's, wie es in einem Musical halt so läuft: Unser junger Barde wird mit Karl Marx verwechselt (sei's drum), für das wirtschafts- und finanzpolitische Desaster der Gegenwart verantwortlich gemacht (nette Idee) und schließlich gebeten, seine Lehren und Thesen zu widerrufen, um die Krise zu beenden.

»Ein Musical über Karl Marx zu schreiben, ist schon eine ziemlich schräge Geschichte, dafür braucht man einen speziellen Humor«, wird Tobias Künzel (ehemals Sänger der »Prinzen«) im Abendblatt zitiert. Der Leipziger Künstler hat das Stück zusammen mit dem Autor Maximilian Reeg und dem Rundfunkmoderator Steffen Lukas entwickelt und 2013 nicht ganz zufällig im sächsischen Plauen uraufgeführt. »Mit Kommunismusverherrlichung, Ostalgie oder gar einer Geschichtsstunde hat das Stück dabei aber nichts zu tun«, so die Eigenwerbung für die Produktion.

Für die Hamburger Neuauflage sind eigens neue Songs geschrieben worden, realisiert wird die Darbietung unter der Regie von Lea Fischer in Zusammenarbeit mit jungen TänzerInnen der Stage School, des Hamburgischen Kulturkontors und des Monsun-Theaters. Lustiger als das Kommunistische Manifest, romantischer als Das Kapital zu sein, fällt ja nicht schwer, aber ob der Humor nicht allzu speziell ist, mögen die BesucherInnen entscheiden.

Mehr Infos zum Stück gibt es unter www.monsuntheater.de, Kartenvorbestellungen unter Tel. 0180/605 04 00.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.